



Diskutieren, entscheiden, handeln.

DKG-Positionen für Europa 2024 - 2029

Erwartungen der deutschen Krankenhäuser an die
Gesundheitspolitik der EU



Erwartungen deutscher Krankenhäuser an die Gesundheitspolitik der EU

Als Dachorganisation der 1.893 deutschen Krankenhäuser in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft beteiligt sich die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) bereits seit vielen Jahren konstruktiv an den gesundheitspolitischen Debatten auf EU-Ebene.

Während der Covid-19-Pandemie haben die deutschen Krankenhäuser zudem europäische Solidarität gelebt und gezeigt, dass sie auch in Krisen europäisch verantwortlich handeln, indem sie ihre europäischen Nachbarn bei der Versorgung von Covid-19 Patientinnen und Patienten unterstützen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und einer zunehmenden Anzahl an Konflikten weltweit zeigt sich die Bedeutung der EU als Friedensprojekt. Frieden und friedliche Koexistenz sind elementare Bestandteile des Zusammenlebens und der Grundwerte in Europa. Die deutschen Krankenhäuser zeigen europäische Solidarität und versorgen Patientinnen und Patienten aus der Ukraine.

Die deutschen Krankenhäuser haben frühzeitig erkannt, dass die Gesundheitsversorgung eine immer größere Rolle in der Europäischen Union (EU) spielen wird. Eine Gesundheitspolitik der EU kann die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten in sinnvoller Weise ergänzen, wo gemeinsames Handeln im Vergleich zu einzelstaatlichen Maßnahmen bessere Erfolge erzielt.

Insbesondere bei den Transformationsthemen Nachhaltigkeit und Digitalisierung, aber auch bei den aktuellen Herausforderungen wie der Bekämpfung von Arzneimittellieferengpässen wird der EU in den kommenden Jahren eine immer wichtiger werdende Rolle zukommen.

Die Krankenhäuser sind bereit, sich aktiv an der Weiterentwicklung der EU-Gesundheitspolitik zu beteiligen und sich konstruktiv in die Diskussion über geeignete Ansätze zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen einzubringen.

Lieferengpässe von Arzneimitteln beenden – Versorgungssicherheit mit Medizinprodukten sicherstellen

Lieferengpässe von Arzneimitteln haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen und betreffen vielfach auch Arzneimittel, die zur Behandlung lebensbedrohlicher Krankheiten im Krankenhaus benötigt werden. Für Krankenhäuser stellen Lieferengpässe ein erhebliches Problem dar. Um das Problem der Lieferengpässe zu lösen, braucht es neben nationalen Bestrebungen, unbedingt auch übergeordnete europäische Lösungen. Die Revision des EU-Arzneimittelrechts ist dabei ein erster, notwendiger Schritt, den die deutschen Krankenhäuser grundsätzlich begrüßen. Neben diesen wichtigen Schritten, kann eine nachhaltige Lösung des Problems der Lieferengpässe jedoch nur durch eine Stärkung der strategischen Autonomie und der Produktion von wichtigen Wirkstoffen in der EU erreicht werden. Diese Ziele stellen einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein dar, der im aktuellen Regelungsvorschlags des EU Pharmapakets jedoch nicht direkt adressiert wird.

Aufgrund von Störungen der weltweiten Lieferketten, aber auch insbesondere Engpässen bei den Zertifizierungsstellen, komplexen Zertifizierungsverfahren sowie hohen Kosten für die Zertifizierung und Re-Zertifizierungen von Bestandsprodukten, drohen in der EU zudem Versorgungsengpässe mit lebensnotwendigen Medizinprodukten. Insbesondere im Hinblick auf Nischenprodukte bedarf es hier dringend spezieller Regularien, um die Versorgung langfristig sicherzustellen und um die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Nischenprodukten wirtschaftlich - sowie Innovationen in der EU zu halten. Die innerhalb der MDR angelegten Lösungsmechanismen, insbesondere nationale Zertifizierungen für kurze Zeit, genügen keinesfalls, um die Probleme zu lösen. Flankierend sollte u. a. die Evaluation der Medizinprodukteverordnung vorgezogen werden, um kurzfristig strukturelle Verbesserungen entwickeln zu können.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – nachhaltige Krankenhäuser fördern

Die Krankenhäuser sind sich Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und leisten ihren Beitrag bei der Bekämpfung des Klimawandels und auf dem Weg der EU, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Über 70% der deutschen Krankenhäuser beachten Klimaschutz bereits in ihrem Handeln. Viele Krankenhäuser haben zudem eigene Leitlinien zur Energieeinsparung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit etabliert und beschäftigen Klimaschutzmanagerinnen und -manager. Jedoch sind die europäischen Gesundheitssysteme nicht ausreichend auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet und müssen krisenresistenter und strukturell widerstandsfähiger werden. Für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen fehlen vielen Krankenhäusern jedoch die finanziellen Ressourcen. Auch gesetzliche Maßnahmen zu mehr Klimaschutz, von denen Krankenhäuser fast immer betroffen sind, stellen diese vor große finanzielle Herausforderungen. Daher müssen mögliche finanzielle Folgen bei jeder gesetzlichen Maßnahme mitbedacht werden.

Um ihr Engagement für den Klimaschutz beizubehalten und zu intensivieren sowie sich an die bereits eingetretenen negativen Folgen des Klimawandels anzupassen, sind die Krankenhäuser auf finanzielle Unterstützung angewiesen. EU Förderprogramme in diesem Bereich sollten daher ausgeweitet werden. Ein Vorbild hierfür könnte der Krankenhauszukunftsfonds sein, der durch die Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert wird. Damit sich auch kleinere Träger auf Förderprogramme bewerben können, sollten die Förderprogramme zudem vereinfacht werden.

Bürokratie abbauen - Krankenhauspersonal entlasten

Bürokratie durch komplexe gesetzgeberische Regelungen und Berichtspflichten verschärft zunehmend die ohnehin schon erhebliche, alltägliche Belastung des Personals in Krankenhäusern, das regelmäßig an seine Grenzen und darüber hinaus geht. Drei bis vier Stunden ihres Arbeitstages verbringen ärztliche und pflegerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich mit Dokumentation. Es braucht deshalb dringend Maßnahmen, um das Personal in den Krankenhäusern wenigstens von den größten Auswüchsen unnötiger Schreiarbeit zu befreien.

Bestehende Verordnungen und Richtlinien müssen daher kritisch hinterfragt und auf das notwendige Mindestmaß reduziert werden. Für künftig geplante Gesetzesvorhaben müssen Aufwand und Nutzen konsequent auf Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Es darf zu keiner Mehrfachregulierung derselben Parameter mehr kommen. Außerdem sollten die betroffenen Akteure mehr Gehör finden.

Fachkräftemangel bekämpfen – Gesundheitsberufe stärken

Die Freizügigkeit in der EU und die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen sind große Errungenschaften der EU und erleichtern die Anwerbung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland. Dennoch leiden die deutschen Krankenhäuser unter dem anhaltenden Fachkräftemangel. Allein in der Krankenpflege können rund 30.000 Stellen nicht besetzt werden, jedes Jahr steigt diese Zahl. Um die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten zu vereinfachen, sollte die EU mit Drittstaaten Abkommen zur automatischen Anerkennung von Bildungsabschlüssen schließen – wie dies bei in der EU erworbenen Abschlüssen bereits der Fall ist.

Vor dem Hintergrund dieses Fachkräftemangels bedarf es zudem weiterhin flexibler Arbeitszeitregelungen im Gesundheitswesen. Die DKG fordert daher im Rahmen einer Anpassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie u. a. die Einführung einer dritten Zeitkategorie (inaktive Zeiten des Bereitschaftsdienstes), Erleichterungen bei den Ausgleichsruhezeiten und eine Fortgeltung des Opt-out.

Digitale Transformation fördern – das Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen

Digitalisierung ist als Transformationsthema für die deutschen Krankenhäuser von besonderer Bedeutung. Die deutschen Krankenhäuser sehen in der Digitalisierung des Gesundheitswesens große Chancen, sowohl für die Patientinnen und Patienten, als auch für das Personal in den Krankenhäusern. Auch in einer digitalen Welt sind Krankenhäuser eine Vertrauensinstanz für Patientinnen und Patienten, entsprechend ist IT-Sicherheit ein inhärenter Teil der Patientensicherheit. Nicht zuletzt dafür bedarf es staatlicher Investitionen und europäischer Förderprogramme, um die digitale Transformation der Gesundheitssysteme voranzutreiben. Der Krankenhauszukunftsfonds, der durch die Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert wird, ist hierfür ein gutes Beispiel, und sollte unbedingt fortgeführt werden.

Die europäischen Dateninfrastrukturen müssen weiterentwickelt und die Cloud-Infrastrukturen ausgebaut werden. Gesetzesinitiativen, etwa zu Gesundheitsdaten sollten zudem als Gesundheitsthemen und nicht nur als Digitalisierungsthemen diskutiert werden. Entsprechende Initiativen, wie den Europäischen Gesundheitsdatenraum, begrüßen wir ausdrücklich.

Förderprogramme vereinfachen – Forschungsstandort Europa stärken

Medizinische Forschung findet zum überwiegenden Teil an Krankenhäusern statt. Die internationale Vernetzung der Forschung wird durch Krankenhausärztinnen und -ärzte getrieben. In den Bereichen Klimaschutz und Forschung sind Krankenhäuser auf Förderprogramme angewiesen, um ambitionierte Klimaziele umzusetzen, resilienter zu werden und die medizinische Forschung voranzubringen. Jedoch stellen EU-Förderprogramme aufgrund ihrer Komplexität besonders kleine Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Daher sollten die Förderprogramme von Grund auf vereinfacht werden.

Entwicklung neuer Antibiotika fördern – antimikrobielle Resistenzen bekämpfen

Die Entwicklung neuer Antibiotika ist extrem aufwändig bei einem gleichzeitig geringen Preisniveau. Die Bestrebungen des Europäischen Parlaments, aber auch des Rates und der Kommission im Rahmen der Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen, die Entwicklung neuartiger Antibiotika zu fördern, sind daher zu begrüßen.

Problematisch ist zudem insbesondere die falsche bzw. nicht notwendige Anwendung von Antibiotika. Vor diesem Hintergrund fordern die deutschen Krankenhäuser die Einführung einer Verschreibungspflicht für Antibiotika in allen EU-Ländern sowie verpflichtender Diagnostiktests vor der Verschreibung antimikrobieller Mittel. Entsprechende Bestrebungen der Europäischen Kommission sind zu begrüßen.

Demographiefestigkeit erreichen – Gesundheitsversorgung sichern

Eine alternde Bevölkerung stellt viele Regionen Europas vor große Herausforderungen. Gerade in Regionen, die sich in Transformationsprozessen befinden, kann der demographische Wandel aufgrund des daraus resultierenden Fachkräftemangels und einer höheren Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch eklatante Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung haben.

Darum sollte die EU zukünftig Modellregionen zur Gesundheitsversorgung der Zukunft fördern. So können frühzeitig kreative Konzepte entwickelt und erprobt und damit die Gesundheitsversorgung demographiefester gestaltet werden. Diese Förderung sollte sich besonders an jene Regionen der Mitgliedstaaten richten, die sich im Strukturwandel befinden.



1.893 Krankenhäuser
480.382 Betten



16,8 Millionen stationäre Patientinnen und Patienten
22,1 Millionen ambulante Patientinnen und Patienten

Durchschnittliche Verweildauer von **7,2 Tagen**



1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
davon
207.294 Ärztinnen und Ärzte (173.233 Vollkräfte)
und
509.289 Pflegekräfte (376.444 Vollkräfte)

Quelle: Destatis-Zahlen von 2022

Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)

Bundesverband der Krankenhausträger
in der Bundesrepublik Deutschland

Wegelystraße 3
10623 Berlin

c/o HOPE
Avenue Marnix 30
B-1000 Bruxelles

Tel. (030) 3 98 01-0
Fax (030) 3 98 01-3000
E-Mail europa@dkgev.de

EU-Transparenzregister: 80248698067-50

